

„Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.“

Oder:
Einkommensgleichheit als Lösung aller gesellschaftlichen Probleme?

Stefan Liebig



Stefan Liebig



Richard Wilkinson
Kate Pickett
Gleichheit ist Glück.
Warum gerechte
Gesellschaften für
alle besser sind.
320 Seiten
Haffmans &
Tolkemitt (bei
Zweitausendeins)
ISBN-10:
3942048094

Das von den beiden britischen Epidemiologen Richard Wilkinson und Kate Pickett veröffentlichte Buch mit dem englischen Originaltitel „The Spirit Level. Why more Equal Societies Almost Always Do Better“ hat bereits kurz nach seinem Erscheinen im Jahr 2009 in der angelsächsischen Welt ein weitreichendes mediales Echo erfahren. Dies verwundert nicht, kommt es doch mit einer sehr einfachen und auf den ersten Blick bestechenden Aussage daher: Reduziert man in einer Gesellschaft die Ungleichheit in den Einkommen, so kann man sich aller gesellschaftlicher Probleme und Missstände entledigen. Einkommensgleichheit reduziert den Stress der Menschen und verhindert die daraus entstehenden physischen und psychischen Krankheiten, die Gesellschaftsmitglieder haben Vertrauen zueinander und unterstützen sich gegenseitig, leben in harmonischen Beziehungen, konsumieren keine Drogen, haben kein Übergewicht, sind klüger und müssen keine kriminellen Handlungen begehen. Wer möchte nicht in einer solchen Welt leben? Doch immer, wenn für komplexe Probleme und Zusammenhänge einfache Lösungen angeboten werden, ist Skepsis angebracht! Und dies gilt insbesondere auch für dieses Buch.

Die Grundidee besteht darin, mit Hilfe empirischer Daten die normative Frage zu beantworten, wie in einer Gesellschaft Güter verteilt sein sollten. Dies klingt nach naturalistischem Fehlschluss – also der Ableitung einer normativen aus einer deskriptiven Aussage – ist jedoch bei genauerem Hinsehen keiner. Denn die im Buch vertretene Forderung nach Gleichverteilung gesellschaftlicher Güter leitet sich daraus ab, dass Ungleichheit das Wohlergehen aller(!) Mitglieder eines Gemeinwesens verringert. Die Reduzierung von Ungleichheit erscheint damit als Mittel, das allgemeine Wohlbefinden und die Wohlfahrt einer Gesellschaft zu steigern. Gleichheit oder Ungleichheit der Güterverteilung ist deshalb keine Frage der Moral. Wenn nämlich hinreichend gesichert ist, dass Ungleichheit negative Konsequenzen für das individuelle oder gesellschaftliche Wohlergehen hat, so gebietet es die politische Klugheit, eine egalitäre Gesellschaft anzustreben. Genau diesen Beweis möchten die Autoren mit Hilfe einer Vielzahl statistischer Ergebnisse führen.

Das dafür zu wählende Vorgehen liegt auf der Hand: Man nimmt eine Reihe von Gesellschaften – im vorliegenden Fall konzentrieren sich die Autoren auf die 23 reichsten Länder –, die sich im Ausmaß sozialer Ungleichheit unterscheiden und prüft dann, ob ein Zusammenhang zwischen dem Ungleichheitsniveau und einer Reihe von unterschiedlichen Indikatoren des individuellen Wohlbefindens und der gesellschaftlichen Wohlfahrt beobachtbar ist. Als erstes benötigt man dazu ein Maß sozialer Ungleichheit. Obwohl es mittlerweile zum Grundbestand soziologischer Ungleichheitsforschung gehört, soziale Ungleichheit als ein mehrdimensionales Konstrukt zu verstehen (die entsprechenden Dimensionen sind dann etwa: Einkommen, Macht, Ansehen, Bildung oder soziale Sicherheit), wobei zwischen Verteilungs- und Chancenungleichheiten unterschieden werden muss, beschränken sich Wilkinson und Pickett auf das Einkommen. Sie begründen dies damit, dass für international vergleichende Analysen keine anderen Indikatoren zur Verfügung stehen – was zunächst durchaus einleuchtet. Für das Ausmaß der Einkommensungleichheit wählen sie das Verhältnis des Einkommens der oberen 20 Prozent zu dem der unteren 20 Prozent in einer Gesellschaft und verwenden dazu Daten des Human Development Reports der Vereinten Nationen. Die 23 Länder werden je nach Ausmaß der in ihnen existierenden Einkommensungleichheit in eine Rangreihe gebracht, wobei die skandinavischen Länder und Japan den einen Pol mit den geringsten, die Länder Großbritannien, Portugal, USA und Singapur den anderen Pol mit der höchsten Einkommensungleichheit darstellen.

Anhand dieser Rangreihe wird dann der Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an Einkommensungleichheit und insgesamt neun sozialen Problemen vorgestellt, die als „Kosten der Ungleichheit“ benannt werden: (1) Soziale Beziehungen und Vertrauen, (2) Seelische Gesundheit und Drogenkonsum, (3) Gesundheit und Lebenserwartung, (4) Fettleibigkeit, (5) schulische Leistungen, (6) Teenagerschwangerschaften, (7) Gewalttätiges Verhalten, (8) Verbrechen und Strafvollzug sowie (9) Chancenungleichheiten im Bezug auf die intergenerationale soziale Mobilität. Die Autoren nehmen auf die Ergebnisse einer Vielzahl von epidemiologischen Studien, sozialwissenschaftlichen Umfragen und Daten der OECD und der UNO Bezug. Den Kernpunkt ihrer Argumentation bildet jedoch immer eine eingängige Abbildung, in der sie auf der horizontalen x-Achse das Ausmaß an Einkommensungleichheit und auf der vertikalen y-Achse die Ausprägung des jeweils behandelten sozialen Problems – zumeist die entsprechenden Ländermittelwerte – abtragen. Ergebnis ist immer eine „Punktwolke“, die durch die einzelnen Länder gebildet wird und durch die die Autoren eine Gerade zeichnen, deren Steigung den Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und dem jeweiligen sozialen Problem belegen soll.

Für jedes der neun sozialen Probleme ergibt sich – wie nach den einleitenden Kapiteln zu erwarten ist – durchgängig ein Zusammenhang mit dem Ausmaß der gesellschaftlichen Einkommensungleichheit: Die Länder mit geringer Einkommensungleichheit weisen ein geringes Ausmaß des jeweiligen Problems auf, in den Ländern mit hoher Einkommensungleichheit haben die Menschen weniger Vertrauen, ein höheres Niveau seelischer Krankheiten und konsumieren mehr Drogen, ein geringeres Gesundheitsniveau und geringere Lebenserwartung, die Bevölkerung ist fettleibiger, und die schulischen Leistungen sind

schlechter, es gibt mehr Teenagerschwangerschaften, mehr Gewalt und Verbrechen, die Gefängnisse sind überfüllt, und die Kinder aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen haben schlechtere Aufstiegschancen.

Diese – auf den ersten Blick beeindruckend einheitlichen – Befunde werfen sofort die Frage auf, ob für all dies tatsächlich allein das Ausmaß an Einkommensungleichheit – im Sinne einer Monokausalität – verantwortlich gemacht werden kann. Für Wilkinson und Pickett ist dieser Schluss zwingend. Sie begründen dies mit der Verknüpfung von zwei Argumenten: Das erste Argument ist: Die auf der gesellschaftlichen Ebene betrachteten sozialen Probleme sind ursächlich das Ergebnis erhöhter Statuskonkurrenz und sozialer Ängste der einzelnen Gesellschaftsmitglieder. Menschen, die beständig mit anderen in einer Konkurrenzsituation stehen, entwickeln nicht nur psychische Stresssymptome, aus denen sich langfristig physische Krankheiten entwickeln, sondern werden anderen gegenüber misstrauischer, greifen eher zu beruhigenden oder aufputschenden Drogen und neigen – getrieben durch soziale Abstiegsängste und die Erfahrung sozialer Missachtung – zu Gewalt und delinquentem Verhalten etc. Das zweite Argument lautet: Hohe Einkommensungleichheiten beschreiben eine gesellschaftliche Situation, in der hohe Statuskonkurrenz besteht. In dem Maße wie die Ungleichheit in einer Gesellschaft zunimmt, erhöht sich damit auch die Konkurrenz der einzelnen Gesellschaftsmitglieder untereinander, das Risiko eines Statusverlusts ist größer und es kommt zu erhöhten sozialen Ängsten. Zusammengefasst bedeutet dies: Einkommensungleichheit erhöht die Statuskonkurrenz und soziale Ängste, dies löst bei den Individuen Stressreaktionen aus und äußert sich in einer Zunahme der genannten sozialen Probleme auf der Ebene der Gesellschaft. Im Umkehrschluss bedeutet das: Möchte man eine Gesellschaft haben, die die genannten sozialen Probleme nicht aufweist, so muss man eine egalitäre Einkommensverteilung etablieren, weil man damit die für die genannten Missstände verantwortliche Statuskonkurrenz und sozialen Ängste reduziert. Eine egalitäre Gesellschaft ist damit keine Forderung der Moral, sondern – aufgrund der empirischen Belege – eine Forderung der politischen Klugheit.

Untermauert wird dies noch durch ein weiteres Argument: Eine egalitäre Einkommensverteilung ist für Wilkinson und Pickett auch deshalb geboten, weil damit nicht nur den schlechter Gestellten geholfen wird, sondern es sind die daraus sich ergebenden Wohlfahrtseffekte für *alle* Bürgerinnen und Bürger. Denn auch die materiell besser Gestellten sind vom hohen Wettbewerb und der hohen Statuskonkurrenz in ihren Lebensvollzügen bedroht. Auch sie entwickeln physische und psychische Krankheitssymptome, wie sich dies in einem allgemein niedrigen Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung einkommensungleicher Gesellschaften zeigt. Und selbstverständlich ist es auch im Interesse dieser Bevölkerungsgruppe, wenn ein Gemeinwesen für die Bekämpfung der genannten sozialen Probleme (Verbrechen, Drogenkonsum, hohe Morbidität) weniger staatliche Mittel aufwenden muss und stattdessen sinnvollere Investitionen tätigen oder Steuern senken kann.

Zunächst orientiert sich diese Argumentation durchaus an einem in den Sozialwissenschaften sehr verbreiteten Modell der Erklärung gesellschaftlicher Phänomene. Es wird in einem ersten Schritt gefragt, wie die strukturellen Be-

dingungen in einer Gesellschaft – die Einkommensverteilung – die alltägliche Situation der einzelnen Gesellschaftsmitglieder bestimmen und welche Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen sich für sie daraus ergeben. Im zweiten Schritt wird geklärt, wie sich die Individuen angesichts dieser sozialen Bedingungen verhalten, um dann im dritten Schritt die gesellschaftlichen Konsequenzen zu benennen, die sich daraus ergeben, wenn alle oder ein Teil der Gesellschaftsmitglieder ein bestimmtes Verhalten zeigen. Durch dieses Modell ist es tatsächlich möglich – im Unterschied zu anderen Vorgehensweisen – kausale Zusammenhänge zwischen Phänomenen aufzudecken, die sich auf der Ebene der Gesellschaft vollziehen, weil die Mechanismen genauer benannt werden können, wie gesellschaftliche Phänomene entstehen bzw. verändert werden. Insofern ist gegen die Argumentationsstrategie von Wilkinson und Pickett nichts einzuwenden.

Entscheidend ist aber, dass sie in ihrem zweiten Argument eine Verknüpfung vornehmen, die in der Form nicht möglich ist. Sie setzen Ungleichheiten im Einkommen mit Statusungleichheiten in eins bzw. schließen aus der Existenz von hoher Einkommensungleichheit auf hohe Statusungleichheit. Genau diese Gleichsetzung ist nicht möglich, weil in modernen Gesellschaften ein hohes Einkommen nicht gleichbedeutend mit hohem Status ist und umgekehrt. Auch der Schluss von einem hohen Niveau an Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft auf eine in dieser Gesellschaft bestehende hohe Statuskonkurrenz ist nicht zulässig. Denn es gibt Gesellschaften, in denen trotz geringer Einkommensungleichheit eine hohe Statusungleichheit und damit hohe Statuskonkurrenz besteht – das klassische Beispiel dafür ist Japan! Somit kann die von Wilkinson und Pickett vorgebrachte Erklärung nicht wirklich überzeugen. Es wird dann fraglich, ob die präsentierten empirischen Befunde tatsächlich einheitlich und monokausal auf das Phänomen der Einkommensungleichheit zurückführbar sind – zumal man in den Natur- und Sozialwissenschaften ausreichend Beispiele für sogenannte „Scheinkorrelationen“ findet (etwa das berühmte Beispiel vom Storch und den Geburten).

Doch sprechen die einheitlichen empirischen Befunde nicht für sich? Belegt dies nicht allein, dass egalitäre Gesellschaften bessere Gesellschaften sind? Genau an dieser Stelle muss die methodische Kritik ansetzen. Grundsätzlich gilt, dass es sich bei den dargestellten Befunden durchgängig nur um Korrelationen zwischen zwei Merkmalen handelt. Dies bedeutet einmal, dass sie sich zunächst nicht im Sinne eines gerichteten, kausalen Zusammenhangs interpretieren lassen. Die Zusammenhänge werden in den Abbildungen aber auch sehr ungenau belegt: Es reicht nicht aus, eine eher assoziativ gewählte Gerade durch eine Punktwolke zu zeichnen, um damit die Stärke des Zusammenhangs aufzuzeigen. Dazu existieren mittlerweile differenziertere statistische Verfahren, die zumindest als Beleg für die graphisch aufgezeigten Ergebnisse benannt werden müssten. Zudem müssen Zusammenhänge nicht notwendigerweise linear und stetig sein, sie können – und dies ist bei vielen sozialen Phänomenen so – durchaus unterschiedliche Verläufe annehmen. Wir wissen auch, dass statistische Zusammenhänge sehr stark von einzelnen Extremfällen oder „Ausreißern“ bestimmt sind. Auffällig ist bei den berichteten Ergebnissen vor allem, dass etwa die USA bei den meisten sozialen Problemen den negativsten Pol darstellen,

andere Länder jedoch eine deutlich größere Einkommensungleichheit aufweisen. Zugleich gibt es eine Reihe von Beispielen, in denen Länder, die sich in den Einkommensungleichheiten massiv unterscheiden, bei den jeweils untersuchten sozialen Problemen entweder ein gleiches Niveau aufweisen, oder ein Zusammenhang deutlich wird, der dem von den Autoren propagierten entgegenläuft.

Will man den kausalen Effekt eines Merkmals auf ein anderes belegen, so reicht es – zweitens – nicht aus, dies auf der Grundlage bivariater, querschnittlicher Befunde zu zeigen. Denn der gefundene Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen kann immer auch durch ein drittes Merkmal verursacht sein, das gleichsam vermittelt über das eine Merkmal wirkt. Dies ist zumindest für einige der im Buch berichteten Zusammenhänge sehr plausibel. So sind die Unterschiede im allgemeinen Gesundheitszustand und in der Bildungsbeteiligung bzw. den Bildungsleistungen auch durch die sehr unterschiedliche institutionelle Struktur des jeweiligen Gesundheits- und Bildungssystems erklärbar – worauf die international vergleichende Forschung in diesen beiden Bereichen hinlänglich aufmerksam gemacht hat. Aber auch kulturelle Unterschiede zwischen den Ländern können für die beobachteten Unterschiede verantwortlich gemacht werden. Dies gilt etwa für das Essverhalten und die behandelte Fettleibigkeit. Im Unterschied zum linearen Zusammenhang, den Wilkinson und Pickett zu sehen glauben, kann man durchaus eine „Clusterung“ nach kultureller Ähnlichkeit erkennen: mittel- und nordeuropäische vs. südeuropäische Länder (S. 113). Um die Bedeutung derartiger Drittvariablen kontrollieren zu können, und damit den Einfluss der Einkommensungleichheit auf die behandelten sozialen Probleme eindeutig identifizieren zu können, muss man also komplexere statistische Verfahren anwenden, die über die einfache Darstellung bivariater Zusammenhänge hinausweisen. Von daher suggeriert dieses Buch eine Eindeutigkeit der Ergebnisse, die in diesem Sinne nicht vorhanden ist.

Zugleich ist es in den Sozialwissenschaften mittlerweile eine allgemein geteilte Einsicht, dass kausale Effekte zwischen Merkmalen allein über längsschnittliche Daten eindeutig identifiziert werden können. Man muss also zeigen, dass ein Wandel der Einkommensungleichheit in einem Land die postulierten Auswirkungen auf die jeweiligen sozialen Probleme hat. Da Wilkinson und Pickett behaupten, eine Reduktion der Einkommensungleichheit würde die sozialen Probleme in einer Gesellschaft entschärfen, müssen sie genau dies zeigen. Da sich die Einkommensungleichheit auch in den untersuchten 23 Ländern über die Zeit verändert hat – insbesondere seit den 1980er Jahren (vgl. OECD 2008), wäre dies grundsätzlich möglich. Eine Verringerung der Einkommensungleichheit müsste dann auch zu – zeitversetzten – Effekten bei den sozialen Problemen geführt haben. Derartige längsschnittliche Befunde werden jedoch nicht berichtet.

Es ließe sich noch eine Reihe anderer methodischer Schwierigkeiten benennen – so ist etwa unklar, welche Art von Einkommen zur Rangreihung der einzelnen Länder verwendet wird. Aufgrund einer Notiz auf Seite 31 ist zu vermuten, dass es sich um das Nettohaushaltseinkommen handelt, wobei der Hinweis, dabei würde man „die Zahl der Personen in einem Haushalt“ berücksichtigen, missverständlich ist – wird dabei ein Pro-Kopf-Einkommen unter Verwendung einer Bedarfsgewichtung, d.h. ein bedarfsgewichtetes Äquivalenzeinkommen

verwendet? Diese methodische Feinheit ist nicht unerheblich, da bei der Verwendung eines bedarfsgewichteten Äquivalenzeinkommens nicht nur die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft, sondern auch die über Gesellschaften hinweg variierenden Beziehungsstrukturen (d.h. Haushaltsgrößen) bei der Bestimmung des Ausmaßes an Einkommensungleichheit einfließen.

Insgesamt liefert dieses Buch somit keine ausreichenden – weil methodisch abgesicherten – empirischen Belege, die erstens eine monokausale, allein auf Einkommensungleichheiten zurückführbare Interpretation der beobachteten sozialen Probleme erlauben, und die zweitens die Annahme stützen, eine Reduzierung von Einkommensungleichheit würde zu einer Absenkung der genannten sozialen Problemen führen.

Ein nicht unerheblicher Hinweis zur deutschen Übersetzung des ursprünglichen Buchtitels sei noch angemerkt: Mit dem Untertitel „Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“ werden egalitäre Gesellschaften auch als gerechte Gesellschaften bezeichnet. Dies kann man natürlich aus einer bestimmten normativen Position tun, doch zeigt nicht nur die Diskussion in der politischen Philosophie, dass Gerechtigkeit nicht notwendigerweise Gleichheit bedeutet. Auch die Vorstellungen der Menschen über Gerechtigkeit lassen sich nicht auf Gleichheit reduzieren. Eine zentrale Säule des Gerechtigkeitsverständnisses in modernen Gesellschaften ist vielmehr die Idee der Belohnung individueller Leistungen. In dem Maße wie individuelle Leistungen und Anstrengungen unterschiedlich sind, müssen deshalb auch die Belohnungen unterschiedlich sein. Und tatsächlich spricht sich in nationalen oder auch international vergleichenden Umfragen ein verschwindend kleiner Teil der Befragten dafür aus, Löhne und Gehälter unabhängig von den individuellen Anstrengungen und Leistungen auszuzahlen. Gleicher Lohn bei unterschiedlicher Leistung gilt deshalb als ungerecht. Gerechte Gesellschaften sind deshalb nicht zwingend „gleiche Gesellschaften“.

Dass eine Gesellschaft, die ein hohes allgemeines Gesundheitsniveau, geringe Gewalt und Kriminalität, gegenseitiges Vertrauen etc. aufweist, eine „gute“ Gesellschaft und auch erstrebenswert ist, steht außer Zweifel. Dass man dies erreichen kann, indem man die Statusunterschiede über die Reduktion von Einkommensunterschieden eliminiert, ist die grundlegende Annahme dieses Buches, die aber empirisch nicht hinreichend belegt wird. Damit kann die Forderung nach Einkommensgleichheit auf der Grundlage der hier präsentierten Daten gerade nicht als eine Forderung der politischen Klugheit begründet werden.

Abschließend sei doch noch eine grundsätzliche Frage erlaubt: Ist das gesellschaftliche Ideal, das diesem Buch impliziter Ausgangspunkt und expliziter Zielpunkt ist, tatsächlich erstrebenswert? Deutlich wird dieses Ideal dort, wo die Autoren von der „besseren Gesellschaft“ schreiben. Dabei operieren sie mit relativ deutlichen Gegensatzpaaren: Der positiv besetzten „Gemeinschaft“ stellen sie die negativ besetzte „Massengesellschaft“ gegenüber und diskutieren „Sozialstatus“ und „Freundschaft“ als diametral entgegengesetzte Leitprinzipien einer gesellschaftlichen Ordnung: Hier die Massengesellschaft, die sich an Unterschieden, Macht, Vorrechten beim Zugang zu Ressourcen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der anderen, Feindschaft, Ausgrenzung und Sozialstatus orientiert und dort eine an Freundschaft, Ausgleich, Gegenseitigkeit, Teilen, soziale

Verpflichtung und Anerkennung der Bedürfnisse der anderen ausgerichtete Gemeinschaft. Dies erinnert freilich an die im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert in Deutschland diskutierten kulturpessimistischen Gesellschaftsentwürfe, die sich in gleicher Weise um das Gegensatzpaar von Gemeinschaft und Gesellschaft rankten. Dabei galten auch damals Gemeinschaften als diejenigen Sozialformen, in denen auf der Grundlage gemeinsamer Herkunft, langfristiger Beziehungen und umfassender Gleichheit ein solidarisches Zusammenleben zwischen den Menschen möglich sei. Was die Umsetzung derartiger am Ideal der Gemeinschaft orientierten Gesellschaftsentwürfe und die damit verbundenen Folgen anbelangt, sind wir freilich zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus Erfahrung um einiges klüger. Gemeinschaften vermitteln nicht nur Wärme, Identität und Unterstützung, sie sind auch ausschließend – gerade denjenigen gegenüber, die nicht dazu gehören (sollen) – und missachten oftmals das Bedürfnis nach Individualität und der Verwirklichung ganz individueller Lebensentwürfe. Deshalb ist es vielleicht gerade die „Gesellschaft“ – oder in Wilkinson und Picketts Terminologie: die „Massengesellschaft“ –, in der auch unpersönliche Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil möglich sind, in denen der Wettbewerb die Menschen nicht nur belastet, sondern auch anspornt und die auf der Pluralität der Herkunft und der Vielfalt der Lebensentwürfe basiert, die dem Bedürfnis nach Individualität und Freiheit des Einzelnen eher entspricht. Doch dies ist freilich eine normativ zu beantwortende Frage, über die die empirischen Sozialwissenschaften nicht entscheiden können.